

Bürgermeister Dr. Storch begrüßt Frau Sabine Schützeichel (Sekundarschule) und Frau Kerstin Krämer (Grundschule Mühleip). Frau Schützeichel und Frau Krämer schildern die Eckpunkte der Schulsozialarbeit in Eitorf. Die Ausführungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Präsentationsfolie. Untermuert werden die Ausführungen durch Beispiele aus dem Alltag. Insbesondere wird während des Vortrags auf die große Bedeutung einer umfangreichen Vernetzung hingewiesen.

Anmerkung:

*Aufgrund eines technischen Defektes war es in der Sitzung nicht möglich, den Vortrag als Beamer-Präsentation vorzuführen. Die Folien wurden ohne Projektion vorgetragen und Einzelexemplare des Vortrages in den Reihen des Rates ausgelegt. Seitens der Vortragenden Personen erfolgte der Vortrag anhand vergrößerter Ausdrucke. Der Vortrag ist als **Anlage** der Niederschrift beigefügt und wird zudem auch in farbiger Form im Ratsinfoportal bereitgestellt.*

Der Bürgermeister bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Beratung.

Frau Zorlu bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen und die Durchführung der Schulsozialarbeit in Eitorf. Der Schulausschuss habe bereits ein politisches Signal gesetzt. Die SPD-Fraktion werde dem folgen, nicht zuletzt, um für Planungssicherheit zu sorgen.

Auf Frage von Herrn Liene, wie häufig der Aufbau einer längerfristigen Beziehungsebene zu einzelnen Schülern aufgebaut wurde, erklärt Frau Krämer, dass man dies nicht exakt beziffern kann, das aber sehr häufig vorkomme. Nicht alle Gespräche dauerten eine Stunde oder länger. Aber die Schulsozialarbeiterinnen würden sehr häufig von Schülern angesprochen, wenn es nicht nur um schulische Belange gehe.

Herr Liene fragt nach dem angesprochenen Netzwerk und möchte wissen, wie sich dies vor zwei Jahren dargestellt habe.

Frau Krämer erklärt, dass das Netzwerk sich nicht so engmaschig dargestellt habe wie heute.

Frau Radwan, Schulleiterin GGS Alzenbach/Mühleip, sitzt im Zuschauerraum. Ihr wird das Wort erteilt. Sie erklärt, dass zwar schon früher viel in dieser Richtung geschehen sei, z.B. durch Kontakte zu den Eltern, man heute mit der Schulsozialarbeit viel besser und schneller Angebote unterbreiten könne. Die Akzeptanz sei auch bei den Eltern größer. Als Beispiel nennt sie ein Elterncafé in der Grundschule Alzenbach.

Herr Utsch spricht das Netzwerk an, für dessen Aufbau die Gemeinde auch viel Geld in die Hand nehme. Ihn interessiert die besondere Rolle der Schulsozialarbeit in diesem Netzwerk.

Zudem beantragt er, vor der Abstimmung die Sitzung zu unterbrechen.

Frau Schützeichel stellt klar, dass mit Wegfall der Schulsozialarbeit die entscheidende Schnittstelle im Netzwerk wegfielen.

Frau Vetter stellt es bildlich dar und erklärt, dass durch einen Wegfall dem „Spinnennetz das Zentrum fehle“.

Herr Bönisch stellt die Frage nach dem Zeitraum, bis eine Basis bzw. ein Grundkonzept aufgestellt wurde.

Frau Schützeichel erklärt, dass man rund zwei bis zweieinhalb Jahre annehmen könne. Ihr selber sei dabei zugutegekommen, dass sie zuvor als Projektleiterin bei „Gut Drauf“ gearbeitet habe.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass ein verbindlicher Finanzierungsvorschlag für die Förderung vorliegen muss. Dies gelte für 2018. Werde 2018 ausgesetzt, würden die Karten neu gemischt. In dem Zusammenhang wird auf Nachfragen der Herren Trendelkamp und Scholz bestätigt, dass die Kündigung der Sozialarbeiter/innen zum 01.01.2018 greife, falls die Maßnahme nicht fortgeführt werde.

Herr Strack bestätigt auf Nachfrage von Herrn Scholz, dass die Steuererhöhung wieder zurückgenommen werde, falls die Maßnahme über 2018 hinaus nicht fortgeführt werde.

Herr Dr. Finke geht auf die Möglichkeit ein, die Maßnahme in 2018 auszusetzen, aber in 2019 fortzusetzen. Er konstatiert nach einer rhetorischen Fragestellung, dass die handelnden Personen sich inzwischen andere Arbeitsstellen gesucht hätten und vor Ort nicht mehr verfügbar seien.

Im Laufe der längeren Aussprache ergeben sich weitere Fragen zur Finanzierung.

Herr Droppelmann dankt Frau Schützeichel und Frau Krämer für ihren Vortrag, kritisiert jedoch die Verwaltung. Er sei es satt, alle zwei Jahre nach einer Finanzierungsmöglichkeit für die Schulsozialarbeit zu suchen, obwohl diese zweifelsohne in den Schulen unersetzlich sei. Er wünsche eine generelle Festsetzung und nicht eine ständige Diskussion um Finanzierungsmöglichkeiten.

Herr Strack stellt klar, dass der Vorschlag der Verwaltung sich an rechtlichen Rahmenbedingungen des Landes orientiere, die die Verwaltung nicht zu vertreten habe.

Auch Herr Kolf stellt auf die Landesaufgabe ab. Offensichtlich gebe es bei der neuen Landesregierung aber Überlegungen hierzu. Man habe bereits eine Grundsteuererhöhung im Rahmen des HSK mitgetragen. Auch sei den Vereinen, die ohnehin schon wertvolle Jugendarbeit leisten, einiges abverlangt worden. Als Beispiel nennt er die Sportstättennutzungsgebühr. Man halte es für bedenklich, alles über Steuererhöhungen zu finanzieren. Eventuell gebe es neue Impulse durch die neue Landesregierung. Man solle sehen, wie sich die Situation im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018/2019 darstellt.

Auch Herr Scholz spricht die Möglichkeit an, kurzfristig anstelle der Grundsteuererhöhung im Rahmen der Planungen für 2018/2019 noch eine andere Finanzierungsmöglichkeit zu suchen. Schon oft habe man nach Lösungen gesucht, von Abführung der Gemeindewerke bis hin zu Spenden oder sonstiges.

Herr Jüdes stellt auch auf die gesellschaftspolitische Relevanz des Themas ab und regt an, dass der Rat eine Resolution hierzu erlässt. Letztendlich könne sich die Kommune sich das auf Dauer nicht leisten.

Frau Schumacher begrüßt den Vorschlag von Herrn Jüdes und unterstützt diesen. Sie merkt an, dass es bereits bei der letzten Diskussion über die Finanzierung der Schulsozialarbeit einen Antrag der FDP auf Verabschiedung einer Resolution gegeben habe. Leider habe die SPD seinerzeit diesen Antrag nicht mitgetragen. Für sie sei schwer vorstellbar, dass innerhalb eines Jahres ein Netzwerk komplett wegbricht. Insofern schlägt sie vor, abzuwarten, wie die neue Landesregierung mit dem Thema umgeht.

Frau Zorlu geht auf den Wortbeitrag von Frau Schumacher ein. Die Situation sei nicht vergleichbar mit der damals geführten Diskussion. Die Schulsozialarbeiterinnen, die sich heute vorgestellt hätten, seien über das Bundesteilhabepaket eingestellt worden. Der Bund habe diese Aufgabe nicht mehr wahrgenommen. Daher sei die rot-grüne Landesregierung eingesprungen und habe sich mit rund 70 Prozent der Kosten beteiligt. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Wolle man dies aber nun als Landesaufgabe finanziert bekommen, könne man dazu gerne eine Resolution auf den Weg bringen. Frau Zorlu hält eine Unterbrechung für fatal. Man solle heute mit einem positiven Signal aus der Beratung gehen. Eine Finanzierung über die Gemeindewerke sei aber sozial unverträglich.

Herr Mittermeier erklärt, dass die BfE der Fortsetzung zustimmt, bittet jedoch um eine Ergänzung des Beschlussvorschlages, dem gemäß alternative Finanzierungsmöglichkeiten auf die Grundsteuer anzurechnen seien. Er formuliert die Beschlussergänzung, die der Bürgermeister bei der späteren Beschlussfassung übernimmt.

Herr Strack geht auf die Finanzierung ein. Grundsätzlich stellt er fest, dass hier und heute noch keine Steuererhöhung beschlossen werde. Dies geschehe mit der Verabschiedung des Haushaltes. Gleichwohl binde sich der Rat in Bezug auf die angestrebte 15%-Punkte-Erhöhung in gewisser Weise. Herr Strack erklärt, dass er mit diesem Votum in die Haushaltsplanungen für 2018 gehe. Er stellt er klar, dass dies im Durchschnitt einen jährlichen Steuermehrbedarf von 1 Euro pro Prozentpunkt, Objekt und Jahr ausmache. Darüber hinaus geht er auf die im HKS zur Haushaltskonsolidierung ausgewiesene Anhebung der Grundsteuer um 10%Punkte ein. Unabhängig von der nun anvisierten Anhebung des Anteils für die Schulsozialarbeit werde er gerne prüfen, inwieweit man ein Stückweit davon abrücken könne oder dies

um ein bis zwei Jahre zu herunterzufahren. Man möge dies als „Brücke“ verstehen – allerdings ohne Erfolgsgarantie.

Herr Liene kritisiert, dass eine Fortführung der Maßnahme bzw. deren Finanzierung „je nach Konjunkturlage“ nicht nachhaltig sei. Man solle über einen Mittelweg nachdenken, z.B. durch Setzung von Schwerpunkten und einem geringeren Kostenansatz, beispielsweise durch Beschränkung auf die Bereiche Grundschule Eitorf und Sekundarschule.

Der Bürgermeister versteht den Vorschlag so, den Umfang der Maßnahme und somit auch die vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer zu reduzieren. Der Bürgermeister stellt klar, dass er für die Beschlussempfehlung des Schulausschuss eintrete. Finde sich dafür keine Mehrheit, sei dies eine Alternative.

Frau Vetter verweist auf die Ausführungen in der Schulausschuss-Vorlage. Die im bisherigen Umfang geleistete Schulsozialarbeit sei für die Gemeinde Eitorf sinnvoll. Rücke man davon ab, müssten Änderungen im System vorgenommen werden. Brennpunkte gebe es durchaus auch an andern Schulen.

**Herr Bellinghausen beantragt gemäß Geschäftsordnung das Ende der Rednerliste.
Der Bürgermeister stellt keine Gegenrede fest.**

Herr Droppelmann hält es für zumutbar, für sein Haus 1,70 Euro im Monat mehr aufzuwenden, während ein Problemfall, der am Ende in der JVA lande, den Steuerzahler in NRW täglich 157 Euro koste.

Der Bürgermeister unterbricht um 19.11 Uhr die Sitzung und ruft um 19.30 zur Fortsetzung der Sitzung auf.

Er stellt noch einmal fest, dass die Rednerliste geschlossen ist und trägt den nun zur Abstimmung stehenden Beschlussvorschlag vor, so dass folgender Beschluss ergeht: